

Werner Seitz

**«Signalisiert die massive Budgetkürzung bei der Zürcher Fachstelle für Gleichstellung vom Dezember 2009 einen Paradigmenwechsel im Umgang der Politik mit den Fachstellen?»  
Analyse und Schlüsse für den Umgang der Fachstellen mit der Politik**

Referat am 40. Treffen der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten in Bern,  
16. März 2010

---

**TEIL 1**

**Teil 1: Die kantonalen Fachstellen für Gleichstellung 1979 – 2010:  
Ihre Konfrontation mit Kürzungs- und Aufhebungsforderungen sowie  
mit der Erweiterung ihres Aufgabenbereichs**

Als Grundlage für die Ausführungen über die kantonalen Fachstellen habe ich eine *synoptische Tabelle* erstellt mit Angaben zu den einzelnen kantonalen Fachstellen.

Diese Zusammenstellung beschränkt sich aus praktischen Gründen auf die *kantonalen* Fachstellen für Gleichstellung (es fehlen also die städtischen Fachstellen oder die Kommissionen). Als *Quellen* benutzte ich das politologische Jahrbuch «Schweizerische Politik im Jahre...» der Universität Bern sowie die mit Herzblut geschriebene Berner Lizentiatsarbeit von Christine Scheidegger «Rahmenbedingungen für die Entstehung und Weiterexistenz von kantonalen Fachstellen für Gleichstellung zwischen 1990 und 2005. Ein Quervergleich» (2008). Eine erste Fassung der Zusammenstellung habe ich Ihnen letzte Woche zur Korrektur und zur Komplettierung zukommen lassen. Wenn Ihnen heute in der Zusammenstellung noch etwas Falsches zu Ihrem Kanton auffällt oder wenn Sie noch etwas Wesentliches vermissen, bitte ich Sie, mir dies mitzuteilen.

## 1.1 Kritische Ereignisse in den 1990er Jahren

Die kantonalen Fachstellen für Gleichstellung 1979 – 2010:	
KRITISCHE EREIGNISSE IN DEN 1990er JAHREN	
Zürich	1994: Klara Reber, FDP, schlägt vor, die <u>städtische und kantonale Fachstelle zusammenzulegen</u> . 1995: Regierung beschliesst die <u>Reduktion der drei Stellen auf eine</u> . Parlament macht Regierungsentscheid rückgängig.
Luzern	1996: SVP will mit Motion Gleichstellungsbüro <u>schliessen</u> . Scheitert mit Vorstoss.
Zug	1995: Regierung wollte die Fachstelle unbefristet weiterführen. Parlament opponierte (mit Unterstützung des Gewerbeverbandes) und schafft Fachstelle ab. <b>Grösstes Opfer der 1. Welle der Abschaffungsforderungen: 1995 vollständige Schliessung</b>
Basel-Landschaft	1996: Motion der SD, welche die Zusammenlegung der Stellen des Ombudsmann und des Gleichstellungsbüros fordert wird von Parlament grossmehrheitlich abgelehnt
Waadt	1996: Serge Beck (Lib) stellt im Parlament den Antrag, die <u>Fachstelle abzuschaffen</u> . Wird abgelehnt.
Neuenburg	1995: Regierung schlägt gesetzliche Verankerung der Gleichstellungsbeauftragten vor, bei gleichzeitiger <b>hierarchischer Herabstufung und massive Budgetkürzung</b> . Parlament akzeptiert. Eine umgehend lancierte <u>Volksinitiative</u> macht dies 1998 rückgängig (via Parlamentsentscheid)
Jura	1995: Konflikte mit Regierung (Rion/FDP) über Pflichtenheft, Kompetenzen. 1996: Kürzung des Budgets. Im Zuge der Haushaltssanierung jährliche <b>Budget-Kürzungen</b>
Werner Seitz, Bern	

Die meisten Fachstellen für Gleichstellung wurden zwischen 1987 und 1996 eingerichtet: Insgesamt wurden in dieser Aufbauphase 15 Fachstellen gegründet.

Mit dem Abschluss der Aufbau-Phase setzte bereits die **erste Welle von Kürzungs- und Abschaffungsforderungen** ein. Sie betraf fast jede zweite Fachstelle (in folgenden sieben Kantonen: ZH, LU, ZG, BL, VD, NE und JU). Folgen zeitigte sie aber nur in den Kantonen Zug und Jura:

- *Am gravierendsten waren die Folgen in Zug:* Dort wurde die Fachstelle 1995 abgeschafft – auf Druck des bürgerlichen Parlamentes und des Gewerbeverbandes (die Regierung hatte die Fachstelle unbefristet weiterführen wollen).
- Im Kanton Jura kam es 1995 zu Konflikten mit der Regierung um Kompetenzen und 1996 kam es zu kleineren Budgetkürzungen.

*Interessant ist der Fall der **Fachstelle von Neuchâtel**:* Dort wurde 1995 eine massive Kürzung (Budget und Stellen) und eine hierarchische Herabstufung beschlossen. Dieser Beschluss aber wurde durch eine Volksinitiative *wieder rückgängig gemacht*.

Es gab noch in weiteren Kantonen Versuche, die Fachstellen abzuschaffen oder deren Budget zu kürzen (in ZH 1995, LU 1996, BL 1996 und VD 1996). Diese Versuche – sie wurden allesamt von rechtsbürgerlicher Seite lanciert – scheiterten alle.

## 1.2 Kritische Ereignisse in den 2000er Jahren

Die kantonalen Fachstellen für Gleichstellung 1979 – 2010:	
KRITISCHE EREIGNISSE IN DEN 2000er JAHREN	
Zürich	2005: Hans Heinrich Raths, SVP, will <u>Budget um 655'000 Fr. von 855'000 Fr. auf 200'000 Fr. kürzen (von 320 Stellenprozent auf 100 Stellenprozent)</u> . Antrag scheitert. 2005: Hans Heinrich Raths, SVP, verlangt mit Motion die <u>Abschaffung der Fachstelle</u> . Motion wurde 2006 abgewiesen. 2009: Kantonsparlament kürzt, auf Antrag der Finanzkommission, von 1,2 Mio um 200'000 auf 1 Mio (=Kürzung um 1/6)
Bern	2002: Erwin Burn (EVP) verlangt Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung; Rückzug der Motion, nachdem der Regierungsrat 2003 Mittel- und Auftrag dauerhaft kürzte: Fachstelle ist nicht mehr zuständig für betriebliche Gleichstellung ==> Kürzung auf 200-Stellenprozent.
Obwalden	2003: Im Zuge der Aufgabenüberprüfung (OW) Vorschlag der Regierung, interkantonale Vereinbarung zu kündigen. Parlament lehnt 2004 ab.
Basel-Stadt	2003: Sparprogramm der Regierung: Budget der Fachstelle wird um 120'000Fr. (=16%) gekürzt.
Basel-Landschaft	2003: SVP-Motion für die Abschaffung der Fachstelle und der Kommission wird im Parlament abgelehnt, FDP-Postulat für eine externe Evaluation der Notwendigkeit der Fachstelle wird überwiesen. 2004: Halbierungsanträge der SVP abgelehnt. 2005: SVP lanciert Gesetzesinitiative zur Abschaffung der Fachstelle. 2007: FDP-Postulat von 2003 wird abgeschrieben. 2008: SVP-Abschaffungsinitiative wird in Volksabstimmung verworfen (mit 37.2% Ja-Stimmen)
St. Gallen	2004: Budgetkürzung von Fr. 100'000.- auf Fr. 80'000.-.
Graubünden	2003: Abschaffung im Zuge von Sparprogrammen konnte abgewendet werden. 2003: Anlaufstelle für innerbetriebliche Gleichstellungs- und Weiterbildungsfragen und die Begleit- und Impulskommission, welche die Stabsstelle berät, wird gestrichen. 2007: Beschneidung des verwaltungsinternen Auftrags (keine Beratungsfunktion für Kantonspersonal mehr).
Aargau	2003: Motion der SVP auf Abschaffung der Fachstelle mit 84:75 abgelehnt. 2005: auf Antrag der Regierung in «Stabstelle für Familien- und Gleichstellungspolitik» umgewandelt. Operative Umsetzung der familienergänzenden Kinderbetreuung wird extern vergeben. Budget: von 382'000 Fr. auf 150'000 Fr gekürzt; Stellen von 150% auf 100% gekürzt.
Tessin	Reorganisation der Verwaltung (2005): Hierarchische Herabstufung und Aufgabenausweitung. Mittel- und Stellenkürzung
Wallis	2002: Im Rahmen von Sparmassnahmen: Budget-Kürzung um 30'000 Fr. 2006: Erweiterung um Mandat "Familie" und Umstrukturierung der Fachstelle in Sekretariat für Gleichstellung und Familie (mit Mittel- und Stellenerhöhung). 2009: Erweiterung um Mandat "häusliche Gewalt" (mit Mittel- und Stellenerhöhung)
Neuenburg	2008: Kampf gegen "häusliche Gewalt" (vorher während 3 Jahren bei privater Stiftung angesiedelt) kommt zu Fachstelle, aber ohne Budget- oder Stellenerhöhung. 2009: SVP (und FDP) beantragen Aufhebung der Fachstelle. Vorstoss wird vom Parlament abgelehnt.
Genf	2008: mit anderen 4 Stellen (wie Büro für Integration von Ausländern) zum office des droits humains zusammengefasst. Integrale Sparmassnahmen.
Jura	2007: Kürzung von 200 auf 160 Stellenprozent

Werner Seitz, Bern

2002 setzte eine **zweite Welle von Kürzungs- und Abschaffungsforderungen** ein. Sie betraf die Fachstellen in 12 Kantonen (ZH, BE, OW, BS, BL, GR, AG, TI, VS, NE, GE und JU). Folgen zeitigten die Angriffe einerseits im AG und andererseits in BS und ZH:

- Im Kanton *Aargau* wurde die Fachstelle 2005 auf Antrag der Regierung in eine «Stabstelle für Familien- und Gleichstellungspolitik» umgewandelt. Das Budget wurde von 382'000 Fr. auf 150'000 Fr gekürzt und die Stellen von 150- auf 100-Stellenprozent.
- Eine happige Budgetkürzung erfuhr 2003 die Fachstelle von *Basel-Stadt*. Im Rahmen des Sparprogramms der Regierung wurde dieses um 120'000 Fr. (=16%) gekürzt.
- Diese Kürzung bewegte sich anteilmässig in derselben Grössenordnung wie die jüngste Budget-Kürzung im Kanton *Zürich*, die Gegenstand der Diskussionen des heutigen Treffens sind. Nachdem die SVP in BS noch 2005 mit zwei Abschaffungs- bzw. Kürzungsvorschlägen gescheitert war, kürzte das Zürcher Kantonsparlament 2009 das Budget der Fachstelle von 1,2 Mio auf 1 Mio Fr. (=Kürzung um 16%).

Kleinere, aber doch nennenswerte Budgetkürzungen gab es weiter in sechs Kantonen: BE (2003), GR (2003 und 2007), TI (2005), VS (2002), GE (2008) und JU (2007).

Wie schon in den 1990er Jahren konnten auch einige Kürzungen bzw. Abschaffungsforderungen abgewendet werden: in OW (2003), NE (2009) und v.a. BL (2003 und 2008). Hervorzuheben ist insbesondere die

**Volksabstimmung von Basel-Landschaft** von 2008, in welcher die Abschaffungs-Initiative der SVP klar verworfen wurde (37%).

## 1.3 Erweiterung des Aufgabenbereichs der Fachstellen

<b>Die kantonalen Fachstellen für Gleichstellung 1979 – 2010:</b>	
<b>ERWEITERUNG DES AUFGABENBEREICHS / ZUSAMMENLEGUNG MIT ANDEREN STELLEN</b>	
<b>Bern</b>	(2003 wird auf Antrag der Fachstelle für Gleichstellung die bis anhin von ihr bearbeitete Thematik "häusliche Gewalt" in eine vorerst befristete und mittlerweile unbefristete Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt in der Polizei- und Militärdirektion überführt).
<b>Luzern</b>	2007: Zusammenlegung der verschiedenen Stellen (Familienfragen, Jugendförderung, Gleichstellung, Ausländerfragen und Integrationspolitik) zu <b>Fachstelle Gesellschaftsfragen</b>
<b>Nidwalden</b>	Ausblick 2011: Fachstelle Gleichstellung wird aufgelöst. Die NW-Stellenprozentanteile fließen in die neue Fachstelle " <b>Gesellschaftsfragen</b> " (NW). Ähnliches ist in OW in Diskussion (jedoch ohne interkantonale Perspektive).
<b>Freiburg</b>	Von Anfang an "Familienpolitik" im Auftrag ( <b>Bureau de l'égalité et de la famille</b> )
<b>Appenzell A.-Rh.</b>	Projekt "Koordinierte Familienpolitik" in Legislaturperiode 2007–2011 bewirkte Erweiterung der Fachstelle für Gleichstellung um "Familie" zu Fachstelle " <b>Familien und Gleichstellung</b> ". Budget für Programm "Familie" wird aus Regierungsprogramm gespiesen.
<b>St. Gallen</b>	2007: <b>Koordinationsstelle für Integration mit Gleichstellung</b> zusammengelegt zu Kompetenzzentrum Integration, Gleichstellung und Projekte.
<b>Graubünden</b>	Im Rahmen der Aufgaben-Überprüfung (auf Ende 2010) wird auch geprüft, "Gleichstellung" mit anderen Themen wie Opferhilfe, Familienfragen etc zu "Soziale Sicherheit" zu verbinden.
<b>Aargau</b>	2005: auf Antrag der Regierung in « <b>Stabstelle für Familien- und Gleichstellungspolitik</b> » umgewandelt. Stellen- und Budgetkürzungen
<b>Wallis</b>	2005: Umstrukturierung der Fachstelle in <b>Sekretariat für Gleichstellung und Familie</b> (mit Stellen- und Mittelerhöhung). 2009: Erweiterung um Mandat "häusliche Gewalt" (mit Mittel- und Stellenerhöhung)
<b>Neuenburg</b>	Von Anfang an "Familienpolitik" im Auftrag. 2008: Kampf gegen "häusliche Gewalt" (vorher bei privater Stiftung angesiedelt) kommt zu Fachstelle, aber ohne Budget- oder Stellenerhöhung.
<b>Genf</b>	2008: mit anderen 4 Stellen (wie Büro für Integration von Ausländern) zu <b>office des droits humains</b> zusammengefasst.
	Werner Seitz, Bern

Dass eine Fachstelle für Gleichstellung zugleich auch noch für das Dossier «Familie» zuständig war, kam bereits in der Gründungsphase vor (in Freiburg und Neuenburg).

Ab 2005 fanden in fünf Kantonen Erweiterungen des Aufgabenbereichs statt:

- In drei Kantonen waren sie stellenverträglich (also mit einer Stellenerhöhung begleitet). Es waren dies die Kantone VS (2005), LU (2007) und AR (2008).
- Ohne zusätzliche Stellen wurde der Aufgabenbereich im Aargau (und ev. SG) erweitert.

Teilweise wurden auch Fachstellen für Gleichstellung auch mit anderen Fachstellen zur *Fachstelle* «Gesellschaftsfragen» *zusammengelegt* (z.B. LU, GE). Solche Zusammenlegungen sind auch vorgesehen in Graubünden und Nidwalden.

## Zwischenfazit (1)

Die Fachstellen waren mit **Kürzungs- und Aufhebungsvorstössen** konfrontiert, kaum waren sie eingerichtet (der Fall ZH ist also kein Novum).

- *Gravierende Folgen* zeitigten diese Vorstösse in den Kantonen Zug (1995, Abschaffung) und Aargau (2005, Umwandlung in Stabstelle).
- *Grössere Mittelkürzungen* erfolgten in Basel Stadt (2003) und, aktuell, im Kanton Zürich (2009).
- *Kleinere Kürzungen* gab es u.a. in den Kantonen Bern (2003), Graubünden (2003 und 2007), Tessin (2005), Wallis (2002), Genf (2008) und Jura (2007).

**Interessante Gegenbeispiele** gibt es allerdings in Neuenburg und im Basel Landschaft:

- NE (1995): Die Fachstelle wurde abgeschafft und via Volksinitiative wieder eingesetzt
- BL (2008): Eine SVP-Abschaffungsvorlage wird in der Volksabstimmung klar verworfen

Ab 2005 wurde in mehreren Kantonen der Aufgabenbereich der Fachstellen *erweitert* (um die Aufgabe «*Familie*»). In einigen Kantonen erfolgte dies mit Mittelaufstockung, in anderen nicht. Wo dies ohne zusätzliche Ressourcen geschah, bedeutete dies eine indirekte Kürzung der bisherigen Ressourcen.

➔ **Der Druck auf die Fachstellen besteht zwar seit deren Einsetzung. Er ist in den letzten Jahren jedoch häufiger geworden, d.h. in mehr Kantonen aufgetreten.**

*Hinweis:* Die parteipolitischen Vorstösse gegen die Fachstellen kamen durchwegs von Rechtsparteien.

## 1.4 Regionale Unterschiede der politischen Kultur (hinsichtlich Gleichstellungsthemen)

Sie kennen alle das regionale Muster, das wir bei gleichstellungspolitischen Volksabstimmungen seit Jahrzehnten immer wieder bestätigt sehen: *die lateinische Schweiz (und die beiden Basel) sind offener als die deutschsprachige Schweiz (v.a. die ländliche).*

### Eidg. Volksabstimmungen zu «Gleichstellungsthemen»

Kanton	1959: Frauenstimmrecht	1971: Frauenstimmrecht	1981: Gleiche Rechte	1984: Mutterschafts- versicherung	1985: Neues Eherecht	1999: Mutterschafts- versicherung	2000: Quoten-Initiative	2004: Mutterschafts- versicherung
Zürich	36.2	66.8	63.0	16.8	57.7	37.5	19.6	54.5
Bern	35.5	66.5	61.4	15.4	49.8	36.2	17.3	55.0
Luzern	21.3	62.7	50.5	10.5	51.1	28.1	15.7	44.2
Uri	14.6	36.3	43.8	11.4	44.5	22.1	13	35.2
Schwyz	14.2	42.2	37.8	7.1	35.9	20.3	11.3	32.3
Obwalden	14.3	46.7	52.6	7.8	44.2	24.7	11.9	37.2
Nidwalden	19.5	55.8	49.1	7.3	49.3	22.3	10.7	39.8
Glarus	19.1	41.3	42.0	9.9	40.4	20.5	13.5	34.2
Zug	24.3	59.9	58.0	10.6	55.9	31.2	14.7	47.3
Freiburg	29.8	71.1	64.5	14.2	62.2	54.1	18	67.0
Solothurn	30.0	64.1	57.6	14.8	53.4	28.4	14.5	45.1
Basel-Stadt	46.8	82.2	72.4	19.9	67.8	43.5	26.3	61.8
Basel-Land	37.3	79.9	68.6	14.4	62.5	34.5	16.8	53.7
Schaffhausen	31.9	56.7	58.3	17.3	46.6	30.4	20.8	48.2
Appenzell A.-Rh.	15.5	39.9	42.2	8.4	40.2	22.7	12.8	40.6
Appenzell I.-Rh.	4.9	28.9	31.8	5.0	34.0	14.1	7.1	26.9
St. Gallen	19.3	46.5	46.3	9.3	46.6	23.7	13.8	41.5
Graubünden	22.4	54.8	56.0	12.6	49.5	30.2	15.5	47.5
Aargau	22.8	50.2	52.1	11.3	45.6	26.2	13.4	44.4
Thurgau	19.9	44.1	48.3	8.9	43.2	23.1	13.6	40.1
Tessin	37.1	75.3	66.3	26.1	69.1	62.6	18.5	66.7
Waadt	51.3	83.9	68.9	22.6	62.3	64.0	23.9	81.1
Wallis	30.5	79.9	46.1	14.8	50.9	49.0	15.4	60.0
Neuenburg	52.2	82.0	66.1	22.5	75.3	62.8	25.1	74.7
Genf	60.0	91.1	85.2	30.1	80.2	74.3	31	79.5
Jura			76.5	26.6	76.8	70.3	23.1	79.6
Schweiz	33.1	65.7	60.3	15.8	54.7	39.0	18.1	55.4

Werner Seitz, Bern

überdurchschnittliche Zustimmung	unterdurchschnittliche Zustimmung
----------------------------------	-----------------------------------

Dasselbe Muster sehen wir auch bei den kantonalen Fachstellen.

### 1.4.1 Fachstellen nach Einsetzungsjahr und Stellen

Die kantonalen Fachstellen für Gleichstellung 1979 – 2010:		
KANTONE MIT FACHSTELLEN, NACH EINSETZUNGSJAHR UND STELLEN		
(==> Blick auf die regionalen Unterschiede)		
	Sortiert nach Einsetzungsjahr	Anzahl Stellen (hervorgehoben sind jene mit >300 Stellenprozenten)
Jura	*1979. Erste Fachstelle der Schweiz (mit Kantonsgründung eingerichtet).	200 Stellenprozent. 2007: 160 Stellenprozent
Genf	*1987.	1996: 355 Stellenprozent; 2004: 770 Stellenprozent; 2010: 590 Stellenprozent
Basel-Landschaft	*1989.	bis 2002: 200 Stellenprozent, ab 2003: 220 Stellenprozent; seit 2010: 245 Stellenprozent
St. Gallen	*1989: befristet. Seit 2002 unbefristet	1989: befristet, private Trägerschaft, finanziert durch Kanton, 30 Stellenprozent. Seit 2002 unbefristet und in die kantonale Verwaltung eingegliedert, 150 Stellenprozent.
Zürich	*1990.	1990: 200 Stellenprozent; 1993: 300 Stellenprozent.
Bern	*1990. Befristet auf 5 Jahre, seit 1995 unbefristet.	1996: 220-Stellenprozent; seit 2003: 200 Stellenprozent
Neuenburg	*1990 befristet; 1995: unbefristet. 1999: Wiederhergestellt.	1996: 100 Stellenprozent; heute: 210 Stellenprozent.
Tessin	*1991.	150 Stellenprozent; 2005: Reduktion auf 70 Stellenprozent.
Waadt	*1991.	150 Stellenprozent; 1996: 220 Stellenprozent; 2000: 330 Stellenprozent. Aktuell: 340 Stellenprozent.
Basel-Stadt	*1992.	1996: 250 Stellenprozent; 2002: 400 Stellenprozent; 2005: 310 Stellenprozent
Zug	*1992. Befristet, 150 Stellenprozent. 1995: Abgeschafft. Es besteht eine Kommission für Gleichstellung	
Wallis	*1993: Befristet; seit 1995 unbefristet	1995: 250 Stellenprozent. Seit 2005: "Sekretariat". 2009: 350 Stellenprozent
Freiburg	*1994. Befristet. Seit 2004 unbefristet.	1994: 130-Stellenprozent; 2008: Aufstockung auf 230 Stellenprozent, 2010: 260 Stellenprozent.
Aargau	*1995 Befristet.	2005: auf Antrag der Regierung in «Stabstelle für Familien- und Gleichstellungspolitik» umgewandelt. Seit 1996: 150 Stellenprozent. 2005: auf 100-Stellenprozent gekürzt (mit gleichzeitiger Themenweiterung)
Luzern	*1995. Die ehem. Geschäftsstelle zur Unterstützung der Gleichstellungskommission wird in Gleichstellungsbüro umgewandelt.	Bis 2006: 150 Stellenprozent (60% Leitung; 50% wissenschaftl.; 40% admin.). 2007: Bereich Gleichstellung: 120 Stellenprozent (zwei wissenschaftl. Mitarbeitende zu je 60%), administrative Aufgaben werden von einer zusätzlichen Person (70%) für die ganze Fachstelle Gesellschaftsfragen übernommen. Im fachlichen Bereich ist eine leichte Aufwertung zu verzeichnen (10%).
Graubünden	*1996.	Rund 130 Stellenprozent.
Appenzell A.-Rh.	*1999.	Seit 2008 erweitert zu Fachstelle "Familien und Gleichstellung". 120 Stellenprozent, 2 Personen à 60% (1 für Familien, 1 für Gleichstellung); paritätisch aufgeteilt auf Gleichstellung und Familie (Co-Leitung)
Nidwalden	*2003. Zusammen mit OW (die einzige interkantonale Fachstelle).	Die kleinste und am spätesten eingerichtete Fachstelle. (40 Stellenprozent; jährliches Budget - inkl. Gleichstellungskommission - rund 80'000 Fr. )
Obwalden	siehe NW	siehe NW

Werner Seitz, Bern

Betrachten wir, *wann* in den verschiedenen Kantonen die Fachstellen eingesetzt wurden und *mit wie vielen Stellen* sie ausgestattet sind, so erkennen wir **das bekannte regionale Muster**.

- Die Kantone der lateinischen Schweiz führten *relativ bald* eine Fachstelle ein (die ersten Kantone waren JU und GE). 1994 hatten *sämtliche* Kantone der Romandie (und das Tessin) eine Fachstelle eingesetzt.
- Die Fachstellen in der Romandie sind *stellenmässig* überproportional komfortabel ausgestattet (>300 Stellenprozent in GE, VD, VS sowie in ZH, BS).

## 1.4.2 Kantone ohne Fachstellen

Die kantonalen Fachstellen für Gleichstellung 1979 – 2010:	
KANTONE OHNE "FACHSTELLEN FÜR GLEICHSTELLUNG"	
(==> Blick auf die regionalen Unterschiede)	
Uri	1994* Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann. Seit 1996: teilzeitliche verwaltungsinterne Ombudsfrau. Entschädigung von rund 2'500 Fr. jährlich
Schwyz	Keine Fachstelle, aber seit 1998 eine Kommission für Gleichstellung.
Glarus	Keine Fachstelle, nur Kommission für die Gleichstellung
Zug	*1992. Befristet. 1995: Abgeschafft. *1992: 150 Stellenprocente. 1995: Abgeschafft. Es besteht eine Kommission für Gleichstellung
Solothurn	Keine Fachstelle, aber seit 1990 eine Kommission für Gleichstellung (Taten statt Worte)
Schaffhausen	"Kommission für die Gleichberechtigung"; abgelöst von "Schlichtungsstelle bei Diskriminierung"
Appenzell I.-Rh.	keine Fachstelle, kein Gleichstellungsbüro
Thurgau	Keine Fachstelle, aber seit 1988 eine Kommission für Gleichstellung ("Taten statt Worte")

Werner Seitz, Bern

Auch im negativen Sinn spiegelt sich das bekannte regionale Muster. So gibt es heute in 8 Kantonen keine Fachstelle. Es sind alles – mehrheitlich ländliche – Deutschschweizer Kantone:

- in Zug war die Fachstelle 1995 aufgehoben worden
- keine Fachstelle gibt es in UR, SZ, GL, SO, SH und TG. In diesen Kantonen gibt es stattdessen eine Kommission für Gleichstellung.
- Weder Kommission noch Fachstelle gibt es in Appenzell Innerrhoden.

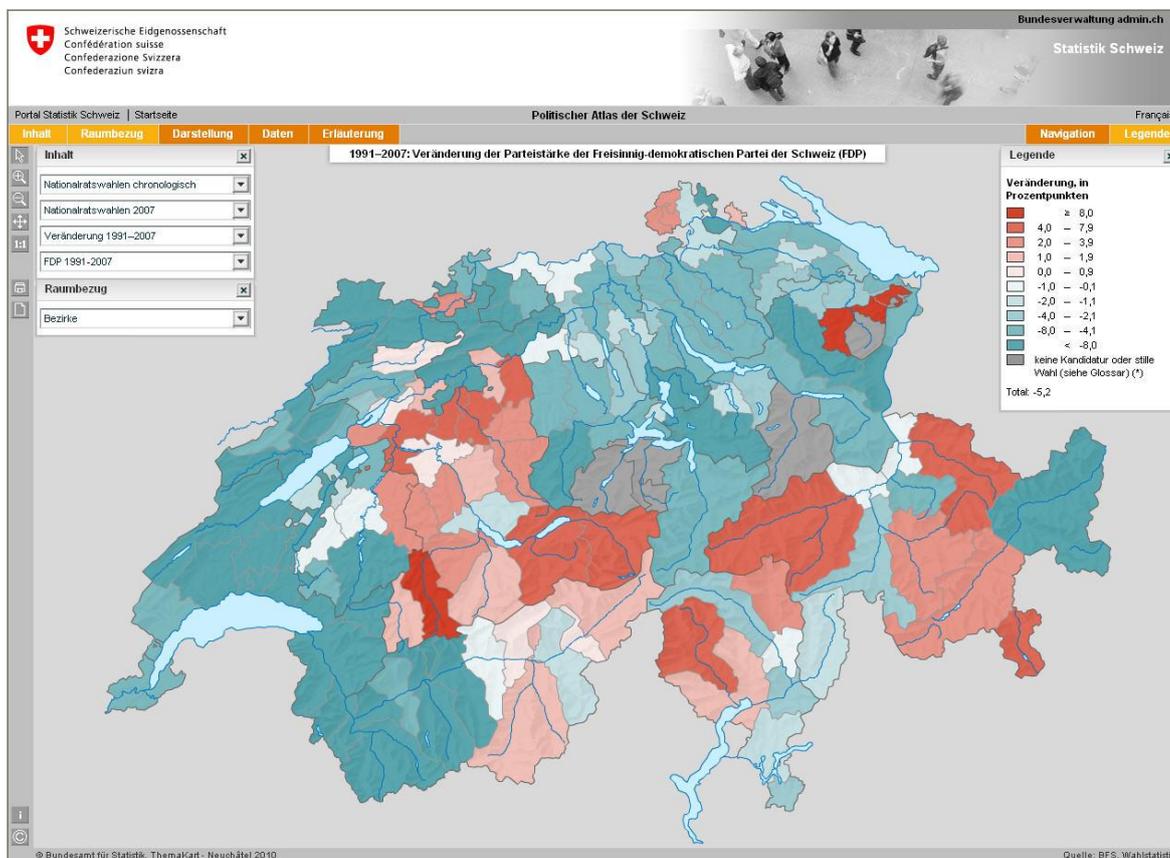
→ Diese Feststellung der regionalen Unterschiede der politischen Kultur ist insofern wichtig, als sie zeigt, dass es keine gesamtschweizerisch gültige Analysen und Schlüsse für die Gleichstellungspolitik gibt. Gleichstellungspolitische Strategien müssen vielmehr an das jeweilige kulturelle und politische Umfeld des betreffenden Kantons angepasst werden.

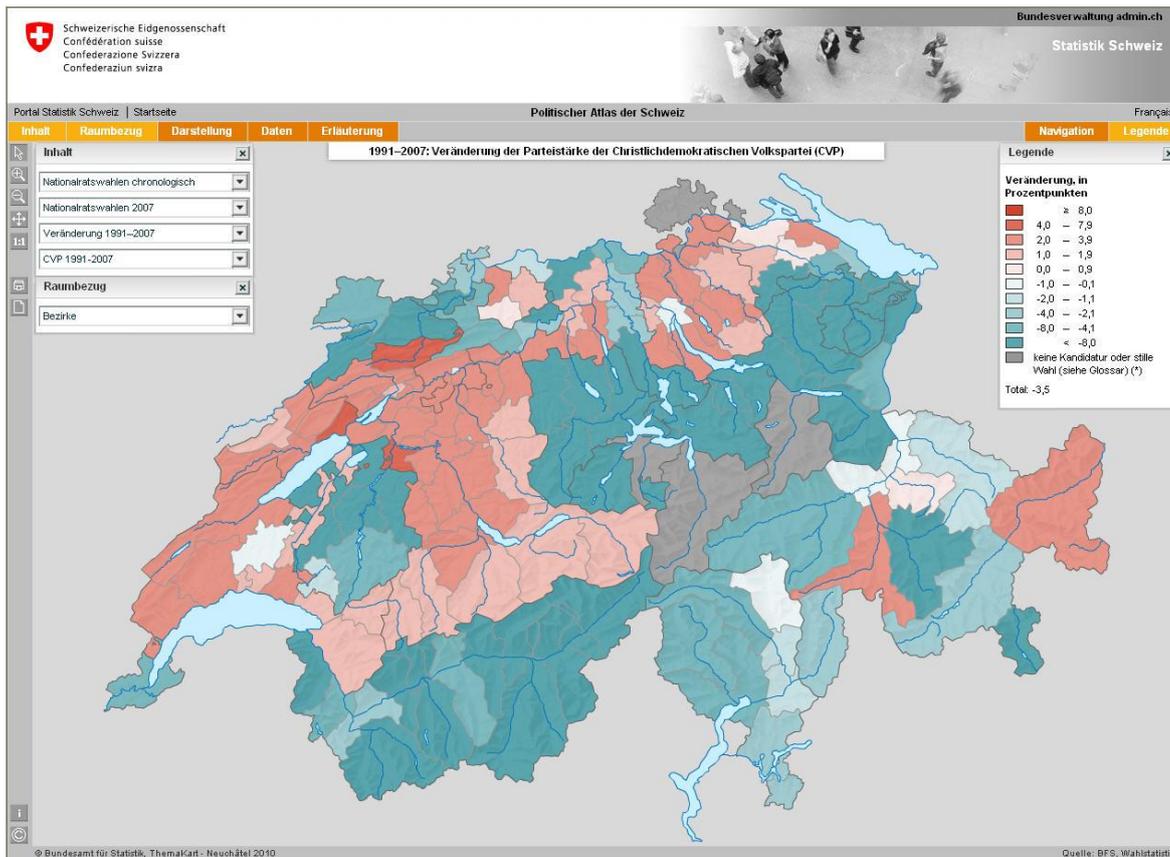
### Zwischenfazit (2)

Es gibt regionale Unterschiede der politischen Kultur hinsichtlich der Gleichstellung: In der Romandie, im Tessin und in den beiden Basel ist das Umfeld für Gleichstellungsfragen günstiger als in der (ländlichen) Deutschschweiz.

→ Es gibt somit keine gesamtschweizerisch gültigen Analysen und Schlüsse für die Gleichstellungspolitik. Gleichstellungspolitische Strategien müssen vielmehr an das jeweilige kulturelle und politische Umfeld des betreffenden Kantons angepasst werden.

## Veränderung der Parteistärke der FDP und der CVP zwischen den Nationalratswahlen 1991 / 2007





## Veränderung der Parteistärke der SVP zwischen den Nationalratswahlen 1991 / 2007

